IA4NEU

Initiativantrag

Bundesjugendwerkskonferenz 2022

Initiator*innen:

Titel: **Putins Krieg in der Ukraine stoppen, Solidarität zeigen und leben Militarisierung verhindern, Sozialstaatlichkeit erhalten**

Antragstext

Die Bundesjugendwerkskonferenz positioniert sich gegen die russischen Kampfhandlungen in der Ukraine. Sie fordert deshalb alle politischen Entscheidungsträger*innen, vor allem die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, auf, sich weiterhin für ein schnelles Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine einzusetzen. Zudem dürfen durch die gestiegenen Verteidigungsausgaben die sozialen staatlichen Verpflichtungen nicht beeinträchtigt werden.

Begründung

Wir stehen fassungslos vor dem Bruch des Völkerrechts und dem von Wladimir Putin begonnenen Krieg durch den Überfall auf die Ukraine. Wir wollen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Viele Jugendwerke haben mit Beginn des Krieges sofort konkret gehandelt und Spendensammlungen, sowie soziale Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine organisiert. Wir verstehen dies als unsere Pflicht im Rahmen unserer Arbeit als politischer Kinder- und Jugendverband und als konkrete Ableitung unserer verbindlichen Werte. Kritisch sehen wir deshalb auch einige innenpolitische Entwicklungen in Deutschland. Über das kreditfinanzierte „Sondervermögen“ der Bundeswehr wird der Staatshaushalt außerplanmäßig belastet. Wir befürchten vor diesem Hintergrund eine

Einschränkung der Finanzierung in der Sozialen Arbeit, Gesundheit, Bildung oder Integration. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Herausforderungen größer und gleichzeitig finanzielle Mittel knapper werden, ist eine zusätzliche und einschneidende Kürzung von Mitteln für Betreuungs-, Beratungs- und Hilfeleistungen sowie der außerschulischen Bildung der falsche Weg, um die individuelle Entwicklung zu fördern, Hilfe zu leisten und gesellschaftliche Probleme zu reduzieren.

Wir wollen keinen Krieg in Europa. Durch den Krieg in der Ukraine gibt Deutschland mehr Geld für die Bundeswehr aus. Dieses Geld darf nicht in anderen Bereichen eingespart werden.